

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018

Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) anliegend den Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode.

Der Senat bittet die Bürgerschaft (Landtag) um Kenntnisnahme.

Anlage

Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode

Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode

Vorbemerkung zur EU-Strategie

Im April 2016 hat der Senat die EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode beschlossen und der Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme zugeleitet.

Die EU-Strategie ist in drei Abschnitte unterteilt:

- I. Eckpunkte der Europapolitik der Freien Hansestadt Bremen
- II. Maßnahmen zur Umsetzung der Europapolitik des Landes Bremen
- III. Handlungsfelder der Europapolitik des Landes Bremen

Im Abschnitt I bekennt sich die Freie Hansestadt Bremen zu den Grundwerten der EU und betont das Engagement für ein offenes und solidarisches Europa, das sich International für die Wahrung des Friedens und der Menschenrechte engagiert und im Inneren Sicherheit, Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich anstrebt und jungen Menschen eine lebenswerte Zukunftsperspektive bietet. Aus dieser Überzeugung leiten sich für die verschiedenen Politikfelder Eckpunkte ab, die die Grundlage der bremischen Europapolitik bilden.

Abschnitt II beinhaltet mehr als 35 Maßnahmen, die die europapolitischen Aktivitäten des Landes, den Bereich der europäischen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, die europaweite und interregionale Vernetzung Bremens und die Stärkung der Europafähigkeit der bremischen Verwaltung betreffen.

Der Abschnitt III gliedert sich wie die „Strategie Europa 2020“ der Europäischen Union in die drei Handlungsfelder „Integratives Wachstum“, „Intelligentes Wachstum“ sowie „Nachhaltiges Wachstum“. Die Handlungsfelder umfassen mehr als 60 Ziele und Vorhaben für eine ausgewogene Sozial- und Wirtschaftspolitik, für eine wettbewerbsfähige Wissenschafts- und Innovationspolitik sowie für eine ökologische und ressourcenschonende Industrie- und Verkehrspolitik.

Die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit (BBEE) hat den Auftrag, die Umsetzung der EU-Strategie in Abstimmung mit allen Ressorts zu evaluieren und dem Senat zum Ende der 19. Legislaturperiode Bericht zu erstatten.

Struktur des Umsetzungsberichts

Während der erste Abschnitt der EU-Strategie, wie oben erläutert, die Basis der Europapolitik Bremens darstellt, enthalten die Abschnitte II und III konkrete europapolitische Maßnahmen der Freien Hansestadt Bremen sowie Handlungsfelder, in denen das Land europapolitisch aktiv ist. Der vorgelegte Bericht zur Umsetzung der EU-Strategie konzentriert sich daher auf die Abschnitte II und III, in denen insgesamt mehr als 100 Ziele und Aktivitäten skizziert werden.

Der Bericht strebt nicht an, eine vollständige und abschließende Darstellung der europapolitischen Aktivitäten der Ressorts zu vermitteln. Vielmehr haben sich die Ressorts darauf verständigt, exemplarisch jeweils einige Wenige, für ihren Zuständigkeitsbereich besonders relevante Vorhaben aus Bremen und Bremerhaven aufzunehmen, die sich durch einen originären Europabezug auszeichnen. Ziel ist es, wesentliche Stichworte der EU-Strategie des Landes Bremen herauszugreifen und die Schwerpunkte des bremischen Engagements durch die Darstellung ausgewählter Einzelmaßnahmen und Aktivitäten zu umreißen.

Die so entstandene Zusammenstellung gibt einen guten Überblick über das breite Spektrum der bremischen Europapolitik, aus der hervorgeht, dass das Land Bremen in einer großen Zahl unterschiedlicher Themenbereiche eine aktive Europapolitik zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger verfolgt und seine Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten aktiv und konstruktiv wahrnimmt.

Die Europapolitik des Landes Bremen: Engagement auf vielen Ebenen

Die Freie Hansestadt Bremen im politischen Raum

Die Freie Hansestadt Bremen nutzt ihre Möglichkeiten, auf europapolitische Entscheidungen Einfluss zu nehmen zum Beispiel über den Bundesrat und den Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR). Während der 19. Legislaturperiode hat das Land Bremen im AdR gleich zwei Mal die Berichterstattung zu wichtigen Themen (Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit und Nachfolgeprogramm Erasmus ab 2021) übernommen. Zudem hält Staatsrätin Ulrike Hiller seit dem Jahr 2017 den Vorsitz der 24-köpfigen deutschen Delegation im AdR und ist damit zugleich Mitglied des AdR-Präsidiums. Auch die Arbeit der Landesvertretung in Brüssel ist darauf ausgerichtet, die Interessen Bremens gegenüber den EU-Institutionen zu vertreten. Zugleich ist die Landesvertretung das Schaufenster der Hansestadt Bremen in Brüssel, indem zum Beispiel durch Veranstaltungen in der Reihe „We have a lot of talents“ Kompetenzen, Ideen und Konzepte aus Bremen und Bremerhaven präsentiert werden.

Europäische Öffentlichkeitsarbeit, Bildung und Beratung in Bremen und Bremerhaven

Die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit der Freien Hansestadt Bremen ist darauf ausgelegt, Bürgerinnen und Bürger zur Teilhabe am Austausch über europäische und europapolitische Themen zu motivieren. Die Öffentlichkeitsarbeit basiert auf zwei Säulen: Der Arbeit des EU-Informationszentrums Europa-Punkt Bremen (EPB) sowie der Durchführung der jährlichen Europawoche. Die zentrale Plattform zur Förderung der Diskussion ist der EPB, der sich seit seiner Einrichtung im Jahr 2007 zu einem äußerst lebendigen und sehr gut besuchten Mittelpunkt der öffentlichen politischen Debatte im Land Bremen entwickelt hat. Im Zeitraum von Juni 2015 bis Dezember 2017 haben insgesamt über 14 000 Besucherinnen und Besucher den EPB aufgesucht, davon etwa 6 000 im Rahmen von 155 Veranstaltungen die dort durchgeführt wurden. Der Bekanntheitsgrad des EPB sowie dessen Präsenz in den Medien haben sich in den letzten Jahren erfreulich positiv entwickelt. Als zweite zentrale Säule der Öffentlichkeitsarbeit führt die Europaabteilung jedes Jahr im Mai die Europawoche durch. Die Beteiligung der unterschiedlichen Akteure im Land Bremen erfreut sich eines sehr starken Zuwachses: Mit einem Netzwerk von inzwischen bis zu 80 teilnehmenden Initiativen und Institutionen aus allen gesellschaftlichen Bereichen ist aus der Europawoche nunmehr ein etablierter „Europamonat“ mit einem sehr umfangreichen Angebot an Veranstaltungen geworden. Dadurch werden viele verschiedene Zielgruppen erreicht.

Um auch in der schulischen Bildung die europäische Dimension zu stärken, werden im EPB Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte durchgeführt, die in der 19. Legislaturperiode erstmalig nicht mehr allein an Lehrkräfte der Sekundar-, sondern auch der Primarstufe adressiert waren.

Auch in der Beratung über die EU-Förderung von Projekten ist der EPB aktiv. Damit eine bestmögliche Information weiterhin gesichert ist, wurde der Bremer EU-Förderwegweiser, der eine Übersicht aller Programme und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner enthält, im August 2017 neu aufgelegt.

Europaweite und interregionale Vernetzung des Landes Bremen

Europaweite und interregionale Netzwerke bieten unter anderem die Möglichkeit, Aktivitäten des Landes Bremen zu präsentieren und Partner für Projektanträge im Rahmen europäischer Förderprogramme zu finden. Die Mitgliedschaft in Netzwerken wie Netzwerk der Raumfahrttechnologien nutzenden Regionen, Network of European Regions Using Space Technologies (NEREUS), European Regions Research and Innovation Network (ERRIN) und der Conference of Peripheral Maritime Regions (CPMR) beziehungsweise deren North Sea Commission eröffnet den Akteuren in Bremen und Bremerhaven immer wieder Chancen und Unterstützung bei der Entwicklung von Projekten und der Beteiligung an Veranstaltungen. Im Kontext von europäischen Partnerschaften können regionale Expertisen und Ideen vorgetragen und weiterentwickelt werden. Dies

ist wichtig und hilfreich, wenn man auf europäischer Ebene Positionen diskutieren und platzieren will. Von besonderer Bedeutung für das Land ist zudem die europäische territoriale Zusammenarbeit, die im Rahmen der Interreg-Programme umgesetzt wird. In der Förderperiode 2014 bis 2020 haben sich Projektbeteiligte aus Bremen und Bremerhaven erfolgreich in den Interreg-Programmen Nordseeregion, Ostseeregion und Europa beworben. Neben der Gewinnung von Drittmitteln generieren diese Interreg-Projekte für die Freie Hansestadt Bremen eine Hebelwirkung durch die internationale Vernetzung und den fachlichen Erfahrungsaustausch. Damit können langfristig Innovationsimpulse gesetzt und Investitionen angestoßen werden. Nicht zuletzt stärkt dies die Europakompetenz der bremischen Verwaltung und schließlich kann die Freie Hansestadt Bremen auf europäischer Ebene fachliche und rechtliche Standards mitgestalten.

Stärkung der Europafähigkeit der bremischen Verwaltung

Eine Vielzahl von Personalentwicklungsmaßnahmen ist geeignet, die Europakompetenz in der Verwaltung zu erhöhen, um auch weiterhin eine effektive Umsetzung von EU-Politik und eine bestmögliche Inanspruchnahme von EU-Fördermitteln zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang wird beispielhaft auf die Möglichkeit einer Hospitation in der bremischen Landesvertretung in Brüssel verwiesen. In der laufenden Legislaturperiode haben insgesamt neun Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter aus sechs verschiedenen Ressorts hiervon Gebrauch gemacht. Diese maßgeschneiderten Hospitationsprogramme ermöglichen unter anderem Beratungsprozesse in Brüssel persönlich miterleben, bestehende Kontakte vor Ort zu intensivieren oder neue Verbindungen aufzubauen. Zusätzlich haben insgesamt sechs Verwaltungsinspektorinnen und Verwaltungsinspektoren ein Praktikum von drei Monaten und länger in der bremischen Landesvertretung in Brüssel absolviert.

Die thematischen Handlungsfelder der bremischen Europapolitik

1. Handlungsfeld Integratives Wachstum

Das Land Bremen setzt im Handlungsfeld „Integratives Wachstum“ einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Armut und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und nutzt dafür vor allem die Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Mittel aus dem EFRE wurden unter anderem für den Bau von Quartiersbildungszentren (QBZ) verwendet. Im Rahmen des ESF verfolgt die Freie Hansestadt Bremen unter anderem das Ziel der Förderung der sozialen Inklusion sowie der Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung durch die Förderung der Chancengleichheit und die Verbesserung sowohl der beruflichen Integration als auch der gesellschaftlichen Teilhabe arbeitsmarktfremder und armutsgefährdeter Personengruppen. Besonders im Fokus stehen hier Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Frauen und Personen mit Migrationshintergrund, da diese typischerweise von Armut am stärksten betroffen sind. Mit Projekten zur besseren Integration von (benachteiligten) Frauen in den Arbeitsmarkt folgt die Freie Hansestadt Bremen einem Grundprinzip des Gemeinschaftsrechts der EU, der Gleichstellung von Frauen und Männern. Zudem nutzt die Freie Hansestadt Bremen schon seit Jahrzehnten EU-Fördermittel um die soziale und berufliche Wiedereingliederung ehemaliger Strafgefangener und Straffälliger zu verbessern. Dabei profitiert das Land Bremen vom Erfahrungsaustausch mit anderen Mitgliedsstaaten in diversen europäischen Projekten und Netzwerken zum Beispiel im Bereich Radikalisierungsbekämpfung und -prävention.

Im Handlungsfeld „Integratives Wachstum“ spiegelt sich auch die Jugendpolitik als ein europapolitischer Schwerpunkt des Senats wieder. Das Land Bremen nutzt das seit 2014 und bis Ende 2020 laufende EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport „Erasmus+“ aktiv für Mobilitäts- und Partnerschaftsprojekte, insbesondere in den Bereichen der Schulbildung, der beruflichen Bildung und der Studierendenmobilität. Vor diesem Hintergrund

beteiligt sich das Land Bremen auch aktiv an dem Entscheidungsprozess über den am 30. Mai 2018 veröffentlichten Verordnungsvorschlag der EU-Kommission für das Nachfolgeprogramm „Erasmus“ ab 2021, da durch die vorgesehene inklusivere und offenere Ausrichtung des Programms und durch die erhöhte Finanzausstattung bremische Maßnahmen weitergeführt beziehungsweise die Teilnahme an den Fördermöglichkeiten ausgebaut werden können. Durch die nominale Verdoppelung der Finanzausstattung soll die Zahl der Teilnehmenden verdreifacht werden. Dies würde bedeuten, dass in der neuen Programmperiode europaweit zwölf Millionen Menschen an dem Programm teilnehmen können. Das Programm soll verstärkt auf Menschen mit geringeren Chancen ausgerichtet werden, beispielsweise auf Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen und Migranten sowie in abgelegenen Gebieten lebende Unionsbürgerinnen und Unionsbürger. Das Land Bremen hat im AdR die Berichterstattung für den Verordnungsvorschlag zum Erasmus-Nachfolgeprogramm übernommen, um die Ausgestaltung im Rahmen des europäischen Rechtsetzungsprozesses fortlaufend mitzugestalten. Die Freie Hansestadt Bremen setzt sich dabei insbesondere für eine Vereinfachung der Antragsverfahren, eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands sowie eine erhöhte Sichtbarkeit des Erasmus-Programms und seiner Fördermöglichkeiten ein, damit in Bremen und Bremerhaven die Antragsmöglichkeiten in allen Bereichen genutzt und vor allem im Schulbereich ausgebaut werden können.

2. Handlungsfeld Intelligentes Wachstum

Innovation und Wissenschaft sind die zentralen Stichworte zum Thema „Intelligentes Wachstum“. Im Zentrum der bremischen Innovationspolitik stehen die Cluster Luft- und Raumfahrt, maritime Wirtschaft, Automotive und Logistik sowie die Windenergie. Die Zusammenarbeit von mittelständischen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen in diesen Clustern trägt dazu bei, die Freie Hansestadt Bremen als innovativen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort zu positionieren. Die regional vorhandenen oder neu geschaffenen Infrastrukturen sind dabei im Hinblick auf eine europäische Zusammenarbeit von immenser Bedeutung. Durch sie gibt es die technische und wissenschaftliche Basis für die Vernetzung über europäische Förderprogramme und die Einwerbung europäischer Mittel. Mit der Inbetriebnahme des Bremer Technologiezentrums für Leichtbau (EcoMaT) Center for Eco-efficient Materials & Technologies im April 2019 werden neue, verbesserte Randbedingungen im Bereich der Bearbeitung neuer Materialien geschaffen. Bereits im Vorfeld der Fertigstellung konnten im Rahmen von EcoMaT mehr als 20 Millionen Euro vor allem an Bundesmitteln für Projekte und Kooperationen in Bremen eingeworben werden.

In Ergänzung zu den Clusteraktivitäten Bremens sind auch die Maßnahmen zur Stärkung der Innovationsfähigkeit und Internationalisierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu sehen, die seit 2008 durch das EU-Projekt „Enterprise Europe Network Bremen“ geleistet werden, (finanziert über das EU-Programm [COSME] Competitiveness of Enterprises and Small and Medium-sized Enterprises für die Wettbewerbsfähigkeit von KMU). Mit der Neuordnung der Wirtschaftsförderung im Land Bremen ist die Koordination des Projekts seit 2017 beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (SWAH) angesiedelt. Das Enterprise Europe Network Bremen wirkt komplementär zu den Clusteraktivitäten und unterstützt KMU bei der Erschließung von EU-Fördermitteln und der internationalen Kooperationsanbahnung.

Für den Wissenschaftsstandort Bremen sind wissenschaftliche Exzellenz und die Mitgestaltung des europäischen Forschungsraums wichtig, um den Standort national und europäisch zu stärken. Über Horizont 2020, das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, beteiligt sich das Land Bremen seit Langem erfolgreich an EU-Programmen und EU-Projekten. Die Kriterien der im Wissenschaftsplan 2020 enthaltenen bremischen Wissenschaftsschwerpunkte wie internationale Sichtbarkeit und Exzellenz decken sich mit den Zielen der bremischen EU-Strategie und tragen zu deren Umsetzung bei. So

konnte zum Beispiel die internationale Spitzenstellung des Landes in der Meeresforschung ausgebaut werden.

3. Handlungsfeld Nachhaltiges Wachstum

Die Aktivitäten im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wachstum“ zielen auf die Schaffung einer ressourcenschonenden, ökologischen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Die Europäische Kommission betont regelmäßig, dass auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene Strategien zur Anpassung an den Klimawandel entwickelt werden müssen. Dem ist das Land Bremen nachgekommen: Anfang 2018 haben das Land Bremen und die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven die Anpassungsstrategie an die Folgen des Klimawandels beschlossen. Der Schutz der Bevölkerung durch Gesundheitsvorsorge, Hochwasserschutz und Starkregenvorsorge sowie die langfristige Verbesserung der Aufenthaltsqualität in unseren Städten durch Freiraumplanung und städtisches Grün sind dabei wichtige Handlungsfelder. Die Anpassungsstrategie analysiert die mögliche Betroffenheit und liefert mit 28 Maßnahmen einen konkreten Handlungsrahmen, wie die Resilienz von Land und Stadtgemeinden gegenüber Klimafolgen und die Eigenvorsorge der Bevölkerung gestärkt werden können. Um einen verbesserten Zugang zu europäischen Partnern und den EU-Institutionen zu bekommen, ist die Stadtgemeinde Bremen Ende 2016 dem europäischen Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie beigetreten. Der Konvent ist ein Netzwerk europäischer Städte, die sich zu klima- und energiepolitischen Themen austauschen und voneinander lernen möchten.

Im Bereich Umwelt- und Naturschutz ist für das Land Bremen als urbanes Zentrum an der Weser sowie als bedeutender Schifffahrts- und Hafenstandort, der Schutz der Meere von besonderer Bedeutung. Auf europäischer Ebene setzt die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) den Rahmen für das Handeln der Mitgliedstaaten beim Meeresumweltschutz. Ziel dieser Richtlinie ist es, dass die Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2020 für einen guten Zustand der Meeresumwelt in ihren jeweiligen Meeresgewässern sorgen. Die Freie Hansestadt Bremen leistet einen aktiven Beitrag zur Umsetzung der Ziele der MSRL und ist fester Partner bei der Umsetzung und Verbesserung der maritimen Notfallvorsorge (zum Beispiel Rufbereitschaft, Ölwehrgerät, Konzeptfortschreibung und Schadstoffunfallszenarien). Mit den Möglichkeiten eines internationalen Anreizsystems für die Seeschifffahrt beschäftigt sich eine Studie, die vom Umwelt- und Wirtschaftsressort in Auftrag gegeben worden ist. Untersucht wird, inwieweit man die Seeschifffahrt an den Kosten der Bereitstellung der Seeverkehrsinfrastruktur beteiligen und Schiffen, die höhere als die gesetzlich vorgeschriebenen Umweltstandards einhalten, entsprechende Rabatte einräumen kann, um so einen Beitrag zur Reduzierung der Emissionen im Seeverkehr zu leisten. Es ist geplant, die Ergebnisse dieser Studie in einem weiteren Kreis zu diskutieren und sich gegebenenfalls um weitere Fördermöglichkeiten zu bemühen.

Die EU-Verkehrspolitik zielt unter anderem darauf ab, den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu einem umweltfreundlichen und effizienten Mobilitätssystem zu ermöglichen. Wie wichtig eine nachhaltige städtische Mobilität ist, verdeutlicht die Tatsache, dass rund 80 Prozent der Europäerinnen und Europäer in städtischen Gebieten leben. Viele von ihnen leiden unter der Belastung durch Lärm, schlechte Luftqualität und Staus sowie unter der Dominanz von Pkw. Seit vielen Jahren nimmt das Land Bremen eine Vorreiterrolle im Bereich der nachhaltigen Mobilität ein und hat dabei immer wieder seine Zusammenarbeit mit europäischen Partnern im Rahmen von EU-geförderten Projekten fortgesetzt. So ist es gelungen, weitere europäische Fördermittel vor allem aus Horizont 2020 für Projekte unter bremischer Beteiligung wie SUNRISE (Sustainable Urban Neighbourhoods – Research and Implementation Support in Europe) einzuwerben. Im Rahmen von SUNRISE sollen bis zum Jahr 2021 nachhaltige Mobilitätslösungen im sogenannten Hulsberg-Quartier entwickelt und beispielhaft erprobt werden. Ein wesentliches Element ist dabei die um-

fangreiche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, die für die gesamte Projektlaufzeit vorgesehen ist und deutlich über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgeht.

Die folgende tabellarische Übersicht enthält eine Auswahl ganz konkreter Vorhaben anhand derer sich die europapolitischen Aktivitäten der Ressource gut nachvollziehen lassen.

Ausgewählte Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Strategie des Landes Bremen

Seite	Thema	Umsetzungsstand	Beteiligte Ressorts
Europäische Öffentlichkeitsarbeit, Bildung und Beratung			
8-9	Öffentlichkeitsarbeit zum Erreichen weiterer Zielgruppen und zunehmend politikferner Kreise	Im Rahmen eines Praxisprojekts mit Studierenden der Hochschule Bremen wurde eine Analyse der Nutzergruppen sowie potentieller weiterer Zielgruppen des EuropaPunktBremen durchgeführt. Es wurden Maßnahmen zur Steigerung des Bekanntheitsgrads entwickelt und umgesetzt. Ein besonderer Erfolg war die erstmalige Präsenz des EuropaPunktBremen am 29. Kindertag des Landesbetriebs-sportverbands im August 2018. Hunderte Kinder nutzten die Gelegenheit, sich spielerisch mit Fragen zu Europa auseinanderzusetzen, während sich die erwachsenen Begleitpersonen in Gesprächen und durch Broschüren über Europa und die EU informierten. Die Europawoche 2018 war durch einen expliziten Stadtteilbezug gekennzeichnet, die drei zentralen Veranstaltungen der BBEE fanden als Bürgerdialoge in Bremen-Nord, Obervieland und der Neustadt statt. Dabei haben verschiedene Expert*innen und Politiker*innen mit Vertreter*innen von Stadtteilinitiativen sowie Bürger*innen vor Ort die Bezüge der EU zum jeweiligen Stadtteil diskutiert. Durch die Dezentralität konnten neue Kooperationspartner gewonnen und weitere Zielgruppen erreicht werden.	BBEE
9	Allgemeine und europabezogene politische Bildung stärken	Das Landesinstitut für Schule (LIS) bietet regelmäßig Fortbildungen und Veranstaltungen zu diesem Themenbereich an, im Schuljahr 2018/2019 sind es bereits jetzt 12 Fortbildungen zu allgemeiner und europabezogener politischer Bildung. Die Angebote beinhalten die Betrachtung historischer sowie aktueller Entwicklungen. Darüber hinaus gibt es Angebote zur allgemeinen politischen Bildung, die zur Förderung der Stärkung einer demokratischen Schulkultur anregen, wie z. B. „Mitwirkung mit Wirkung“ vom LidiceHaus, „Demokratie-Coaches“ und „Planspiele“ für demokratische Entscheidungsprozesse. Europapolitische Bildungsangebote erfolgen u. a. in Kooperation mit dem EuropaPunktBremen, wie zur Wahl des Europäischen Parlaments 2019 oder bei EU-Planspielen. Europaschulen und Erasmus+-Projekte werden vom LIS unterstützt, ebenso die Durchführung des von der Bundesregierung initiierten „EU-Projekttags an Schulen“. Hierbei werden jedes Jahr im Mai Begegnungen für einen	SKB

		Austausch über europapolitische Themen zwischen Politiker*innen und Schulklassen vermittelt. Neben den Fortbildungsangeboten wurde auch 2018 der „Demokratietag“ in Kooperation mit dem Zentrum für Arbeit und Politik der Uni Bremen organisiert und durchgeführt, zu dem 75 Teilnehmer*innen kamen.	
9	Unterstützung europabezogener Aktivitäten von Europa-/ „Anwärter-schulen“	Die Ausschreibung zur Zertifizierung bzw. Rezertifizierung als Europaschule ist im Frühjahr 2018 erfolgt. Schulen, die den Namenszusatz „Europaschule“ führen möchten, konnten sich bis Oktober 2018 bewerben. BBEE, der EuropaPunktBremen sowie die Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) stehen interessierten Schulen bei Fragen unterstützend zur Seite.	SKB, BBEE
9	Europapolitisches Jugendkonzept	In Umsetzung des Europapolitischen Jugendkonzepts wurde im März 2017 die erste EU-Landesjugendkonferenz in Form der EuropaChallenge „Deine Frage an Europa“ ausgerichtet. Während der an das Format eines Barcamps angelehnten Veranstaltung haben über 60 Jugendliche zwischen 14 und 26 Jahren einen Tag lang ihre eigenen Fragen zu Europa bearbeitet. Die Jugendlichen stammten aus unterschiedlichen Schularten in den verschiedenen Stadtteilen Bremens und Bremerhavens. Über den Verlauf und die Ergebnisse der EuropaChallenge haben sie in einem Blog berichtet, der abschließend der Öffentlichkeit im Rahmen einer Party präsentiert wurde. Der Austausch der Jugendlichen untereinander, aber auch mit Multiplikator*innen des Bremer Jugendrings und der Jungen Europäischen Föderalisten hat den jungen Menschen Kontaktmöglichkeiten eröffnet, inhaltliche Impulse gegeben und ihnen Möglichkeiten für die politische Partizipation aufgezeigt, indem sie erlebt haben, wie sich gleichaltrige Personen für Europa engagieren, Europa gestalten und ihre europapolitischen Anliegen artikulieren.	BBEE, SJFIS
Europaweite und interregionale Vernetzung Bremens			
10	Kontinuierliches Engagement in europäischen Netzwerken	Die Tradition der europaweiten Vernetzung zeigen die bremischen Aktivitäten im „Europäischen Kulturerbejahr 2018“: Das Projekt „Bremen und Skandinavien“ thematisiert die bereits im Frühmittelalter gepflegten vielfältigen Verbindungen Bremens nach Nordeuropa. Im Juni 2018 wurde eine Ausstellung im Bremer Dom-Museum eröffnet, die die Bedeutung Bremens als „Rom des Nordens“ darstellt. Im Juni 2018 wurde eine Ausstellung im Bremer Dom-Museum eröffnet, die die Bedeutung Bremens als „Rom des Nordens“ darstellt. Die Ausstellung ist als Kooperationsprojekt unter dem Dach des Senators für Kultur (SfK) angelegt. Beteiligt sind neben dem Landesamt für Denkmalpflege das Dom-Museum, das Staatsarchiv, die Landesarchäologie, die Staats- und Universitätsbibliothek, die Bremisch-Evangelische Kirche, der Katholische Gemeindeverband Bremen sowie die St.	SfK

		Petri-Domgemeinde. Parallel dazu wird es ein umfassendes wissenschaftliches Vortragsprogramm zu verschiedenen Aspekten der mittelalterlichen Beziehungen zwischen Bremen und Skandinavien geben. In Vorbereitung bzw. Umsetzung ist darüber hinaus ein Kulturprogramm mit zeitgenössischen Filmen sowie Kunst und Musik aus Island.	
10	European Regions Research and Innovation Network (ERRIN)	Im „Europäischen Kulturerbejahr 2018“ konnte der Bunker Valentin mit seinen Konzepten und Erfahrungen in eine große ERRIN Veranstaltung zu Kriegserinnerungen und Europäischer Identität (Titel: The Road from War to Peace, More Democracy and European Integration. War Architecture, Sites and Memories as Part of European Heritage and History) eingebunden werden. Diese fand repräsentativ im Haus der Europäischen Geschichte in Brüssel statt und bildet nun die Basis für weitere gemeinsame Aktivitäten und Projekte.	
10	Interreg-Nordseeprogramm	<p>Im Interreg-Nordseeprogramm der laufenden Förderperiode hat sich der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV), aufbauend auf Projekten der Förderperiode 2007-2013, erfolgreich mit dem Projekt SHARE-North (Shared Mobility Solutions for a Liveable and Low-Carbon North Sea Region) beworben und die Leadpartnerschaft übernommen. Das Projekt umfasst Aktivitäten zur Entwicklung, Umsetzung, Förderung und Bewertung von Car-Sharing, Bike-Sharing, Ride-Sharing (Mitfahrgelegenheiten) und andere Formen der geteilten Mobilität in städtischen und ländlichen Gebieten sowie in gewerblichen Ballungszentren. In „Living Labs“ werden moderne Technologien mit Aktivitäten kombiniert, die Veränderungen im Mobilitätsverhalten unterstützen.</p> <p>Mit Hilfe der Projektförderung konnten in Bremen die Car-Sharing-Stationen im öffentlichen Straßenraum („mobil.punkte“), die Öffentlichkeitsarbeit um das Thema Car-Sharing und somit auch der Anteil des Car-Sharings in Bremen für eine nachhaltige Mobilität deutlich erhöht werden. Der Beitrag der Freien Hansestadt Bremen im SHARE-North-Projekt gilt in der Nordseeregion als Best Practice, die Bremer „mobil.punkte“ wurden außerdem Vorbild für die mobil.punkte der Stadt Bergen in Norwegen sowie für die „mobihubs“ in Flandern und den Niederlanden. Auf der Basis der Erfahrungen und der Partnerschaften der Interreg-Projekte konnten weitere Projekte im Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 (SUNRISE „Sustainable Urban Neighbourhoods – Research and Implementation Support in Europe“) sowie in nationalen Förderprogrammen (Masterplan Green City) generiert werden.</p>	SUBV
11	Interreg-Ostseeprogramm	Das Interreg Ostseeprogramm ermöglicht der Freien Hansestadt Bremen den Aufbau strategischer fachlicher und institutioneller Partnerschaften in der Ostseeregion. Mit dem Projekt „ActNow!“ hat sich die Stadt Bremerhaven erfolgreich in diesem Programm	Klimastadtbüro des Umweltschutzamtes Bremerhaven

		<p>beworben. Gemeinsam mit insgesamt 18 Partnern aus neun Ostsee-Anrainerstaaten sollen Lösungen zur Verbesserung der personellen und institutionellen Kapazitäten für eine energieeffiziente Gebäudebewirtschaftung in Kommunen entwickelt werden. Das Projekt untersucht u. a. wie die Energieversorgung und -effizienz der Gebäude in einem Quartier mit überwiegend Bestandsbauten aus der Gründerzeit, mit sehr heterogener Eigentümer- und Mieterstruktur, so verändert werden kann, dass langfristig die Treibhausgasemissionen privater Haushalte gegen Null tendieren. Als exemplarisches Quartier wurde dafür die "Alte Bürger" in Bremerhaven ausgewählt. Das Projekt liefert attraktive und nutzbare Ergebnisse für die Freie Hansestadt Bremen und trägt zur Umsetzung der Landesstrategie "Klimaschutz- und Energieprogramm KEP 2020" bei: Neues Wissen und geteilte Erfahrungen erweitern auch auf lokaler Ebene Kapazitäten. Transnationale Partnerschaften erkunden typischerweise neues Terrain und testen innovative Ansätze für komplexe und tiefgreifende Herausforderungen. ActNow! wird zu zeitsparenden, innovativen oder verbesserten Lösungen und Methoden führen, die Ressourcen sparen und die Energieeffizienz steigern. Dies wirkt sich auch positiv auf die Kosteneffizienz aus, beschleunigt die Einführung neuester Best-Practice-Ansätze und erleichtert eine effektive Nutzung der öffentlichen Ressourcen in der Freien Hansestadt Bremen. Die Leadpartnerschaft Bremerhavens in diesem Kooperationsprojekt wird zudem die Sichtbarkeit Bremerhavens und Bremens sowohl im europäischen als auch im fachlichen Kontext (Energieeffizienz in Gebäuden) erhöhen.</p>	
11	Interreg-Europe Programm	<p>Im Rahmen des interregionalen Programms Europe profitiert die Freie Hansestadt vom Aufbau europaweiter Netzwerke insbesondere zu Fragen der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und der Innovation. In der laufenden Förderperiode konnten mehrere Projekte mit Beteiligung von Partnern aus Bremen und Bremerhaven erfolgreich beantragt werden. Für das Projekt „Public Policy Living Lab“ (P2L2) mit Regionen aus Frankreich, Dänemark, Litauen, Italien und Polen hat Bremen die Leadpartnerschaft übernommen. Die sechs europäischen Regionen tauschen sich aus über ihre Strategien zur Stärkung der Materialforschung und -entwicklung. Bremen bringt das EcoMaT mit seinen Begleitprogrammen als Beispiel ein. Auf der Grundlage des Erfahrungsaustauschs wird der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (SWAH) in den nächsten zwei Jahren die aufgenommenen Impulse in Aktivitäten umsetzen. Dazu gehört eine Neujustierung der Förderprogramme und der Innovationspolitik hin auf Schlüsseltechnologien wie 3D-Druck oder neue Materialien, aber auch der Aufbau des European Space Agency Business Incubator (ESA-BIC) als Unterstützung für Start-ups aus der Luft- und Raumfahrt.</p>	SWAH
Stärkung der Europafähigkeit der bremischen Verwaltung			

11	Personalentwicklung	<p>Für Angehörige des Führungskräftenachwuchspools ist eine 6-8wöchige Hospitation in der bremischen Landesvertretung in Berlin oder in Brüssel obligatorisch. Die Hospitationen sind abhängig von den Möglichkeiten vor Ort und der individuellen Situation der Nachwuchskräfte.</p> <p>Seit mehreren Jahren nehmen zudem zukünftige Polizeiratsanwärter*innen im Rahmen der besonderen Verwendung an einer von der Bremer Landesvertretung bei der EU organisierten einwöchigen EU-Hospitation in Brüssel teil, um die dortigen Institutionen und Abläufe kennenzulernen. Mit Ablauf der 19. Legislaturperiode werden insgesamt 17 Beamt*innen teilgenommen haben.</p> <p>Das 2014 verabschiedete ressortübergreifende Personalentwicklungskonzept „Zukunft entwickeln – Veränderungen gestalten. Personalentwicklung in der Freien Hansestadt Bremen“ verweist auf die steigende Bedeutung der Europafähigkeit der öffentlichen Verwaltung. Mit Blick auf zukünftige Anforderungen an Führungskräfte werden die Bewerber*innen daher, abhängig von den jeweiligen Beförderungs- oder Auswahlverfahren, im Interview auf Europakompetenzen hin befragt.</p>	<p>SF</p> <p>SI</p> <p>SF</p>
----	---------------------	---	-------------------------------

Handlungsfeld Integratives Wachstum

Seite	Thema	Umsetzungsstand	Beteiligte Ressorts
Armutsbekämpfung, Chancengleichheit und kulturelle Teilhabe			
13	Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf	Zur Verbesserung von Wohn- und Lebensverhältnissen in Stadtgebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf werden investive und konsumtive Förderprogramme von Land, Bund und EU kombiniert zum Einsatz gebracht. So sind in der Vahr (Familien und Quartiers Zentrum) sowie in Huckelriede (Cambrai-Dreieck), Hemelingen (Mobile), Gröpelingen (Quartiersbildungszentrum) und Huchting (bus) Quartierszentren entstanden oder weiter ausgebaut worden. In Zusammenarbeit mit dem lokalen Quartiersmanagement wird dort Netzwerkarbeit geleistet und Bürgerbeteiligung gefördert, ferner werden Projektentwicklungen initiiert. ESF-Landesmittel werden als Programm LOS-Bremen III niedrigschwellig für Qualifikationsmaßnahmen von Bewohner*innen eingesetzt. Bürgerschaftlich Engagierte betätigen sich in den Quartierszentren in lokalen Netzwerken und leisten ehrenamtliche Unterstützung. Darüber hinaus hat sich die Kommune Bremen auf das ESF-Bundesprogramm BIWAQ III erfolgreich beworben. In fünf Gebieten (Huckelriede, Tenever, Gröpelingen, Oslebshausen, Hemelingen) werden damit bis Ende 2018 Einzelvorhaben gefördert.	SJFIS, SKB, SUBV
13	Weiterentwicklung der integrierten Strategie der sozialen Stadtteilentwicklung, der Armutsprävention und der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements	Die anstehende Evaluation des kommunalen Programms „Wohnen in Nachbarschaften“ wird unter anderem Fragen zur weiteren Entwicklung der Struktur und des Einsatzes des Förderprogramms beantworten. Dies betrifft auch die Umsetzungsstruktur des ESF-Programms LOS Bremen III. Eine Auswertung ist im Sommer 2019 zu erwarten.	SJFIS, SKB, SUBV
13	Kulturelle Bildung und Teilhabe für alle Menschen	„Sehnsucht Europa“ ist ein Zusammenschluss von verschiedenen Kulturakteuren in Bremen und der Metropolregion Nordwest, die gemeinsam mit Mitteln der Kunst und des interkulturellen Dialogs die unterschiedlichen Vorstellungen von Europa thematisieren sowie Fragen nach Identität und Zukunftswünschen zur Diskussion stellen. Das Projekt ist in den Jahren 2017 und 2018 als Plattform für Geflüchtete, Zugewanderte und Beheimatete angelegt. Im Zentrum aller Vorhaben steht der Austausch mit der Perspektive sich zu öffnen, und die vielfältigen kulturellen Einflüsse in künstlerischen Prozessen sichtbar zu machen. Vom 1. bis 9. September 2018 wurde dabei im Rahmen eines Festivals mit Ausstellungen, internationalen Gastspielen und Koproduktionen, Befragungen der Bürger*innen und Workshops der Frage nachgespürt, wie wir zukünftig in Europa leben wollen.	SfK

		<p>Der im Projekt verfolgte Ansatz des Community Dance-Theater "Let's Dance! Europe" von DE LooPERS Tanztheater Bremen hat das Ziel, ästhetische, soziale und kommunikative Fähigkeiten ebenso wie die Kreativität der Teilnehmer*innen zu schulen. Im Rahmen von "Let's Dance! Europe", für das Mittel aus dem EU-Programm „Creative Europe“ eingeworben wurden, tauschen sich junge Menschen aus Deutschland, Spanien, Schottland und den Niederlanden in transnationalen Workshops aus. Wesentliches Merkmal aller Community-Dance-Projekte ist, dass es keinerlei Vorbedingungen gibt. Jeder Mensch, gleich welcher Nationalität, Religion oder Herkunft, unabhängig von körperlichen, geistigen oder sprachlichen Voraussetzungen ist zur kostenlosen Teilnahme aufgerufen und eingeladen mitzumachen. Soziale Herkunft oder Bildungsgrad spielen hier keine Rolle, da jeder seinen Fähigkeiten entsprechend etwas zum Gelingen des großen Ganzen beitragen kann. Im Bremer Workshop wurde mit dem SOS-Kinderdorf Worpswede kooperiert und junge Geflüchtete wurden integriert.</p>	
Steigerung der Erwerbstätigkeit und des Fachkräftepotentials			
15	Förderung abschlussbezogener Qualifizierungsmaßnahmen	<p>Der Handlungsrahmen für die Förderung abschlussbezogener Qualifizierungsmaßnahmen ist im Operationellen Programm des ESF für Bremen 2014-2020 beschrieben. Im spezifischen Ziel der Prioritätsachse C, „Qualifikationsniveau Beschäftigter im Erwachsenenalter verbessern“, hat sich die Hansestadt die Förderung insbesondere jener Beschäftigten vorgenommen, die bisher nicht adäquat an der beruflichen Weiterbildung teilnehmen können. Es sollen Angebote abschlussbezogener Qualifizierung für an- und ungelernte Beschäftigte entwickelt, ausgebaut und genutzt werden, die dieser Zielgruppe die Möglichkeit eröffnet, ihre Chancen am Arbeitsmarkt durch ein höheres Qualifikationsniveau zu verbessern, besser auf sich verändernde Anforderungen zu reagieren und ihre Aufwärtsmobilität zu erhöhen.</p> <p>Im Berichtszeitraum wurden vier Projekte gefördert, dafür wurden ESF-Mittel des Landes in Höhe von rund 1,2 Mio. € veranschlagt. Ein Projekt wurde in 2017 und zwei weitere Projekte im Mai 2018 abgeschlossen, ein Projekt wird in 2019 beendet werden. Ziel der Förderung war es, insbesondere an- und ungelernte Beschäftigte für eine Qualifizierung zu gewinnen. Die beteiligten Arbeitgeber*innen waren aufgefordert, Qualifizierungen auch während der Arbeitszeit zu ermöglichen sowie Aufstiegschancen zu eröffnen und so die Anstrengungen der Teilnehmenden zu honorieren.</p> <p>Inhaltlich waren bzw. sind die Projekte in den Berufsfeldern Lagerlogistik, Verkehrslogistik, Altenpflege und Erziehung angesiedelt. In den Projekten ist es</p>	SWAH

		<p>gelingen, dass bisher insgesamt 183 an- und ungelernete Beschäftigte Abschlüsse erzielen konnten. Qualitativ teilen sich die Abschlüsse in 67 Berufsabschlüsse, 60 kammerzertifizierte (und somit bundesweit anerkannte) sowie weitere 56 trägerzertifizierte Abschlüsse auf. Die Entscheidung der SWAH, sich gerade für die Personengruppe zu engagieren, der sonst keine öffentliche Förderung zu Teil wird, hat sich bewährt.</p> <p>Darüber hinaus sind im Rahmen des Landesprogramms „Weiter mit Bildung und Beratung“ im Segment „Vorbereitung auf die Externenprüfung als Nachqualifizierung“ seit 2016 456 an- und ungelernete Personen beraten worden, 94 davon haben über die Externenprüfung einen anerkannten Berufsabschluss erlangt. Das integrierte Beratungs- und Coachingkonzept mit individuell abgestimmten Kompetenzüberprüfungen und Vorbereitungsmaßnahmen trifft auf eine hohe Nachfrage sowohl bei Arbeitssuchenden als auch bei Beschäftigten. Der konzeptionelle Ansatz hat sich bewährt und ist auch bundesweit auf Interesse gestoßen.</p>	
15	Sicherung des Fachkräftebedarfs durch leichtere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und durch Einrichtung einer Beratungsstelle für mobile europäische Arbeitskräfte	<p>In der Prioritätsachse C, „Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen“, des Operationellen Programms des ESF für Bremen 2014-2020 hat die Hansestadt auch ihre Zielsetzung hinsichtlich der Schöpfung von Potentialen beruflicher nichtformaler Kompetenzen und Qualifikationen definiert. Sie geht davon aus, dass der Zugang zum lebenslangen Lernen allen Altersgruppen unabhängig von ihrer nationalen Herkunft offenstehen muss und die ordnungssystematischen Einschränkungen zu überwinden sind.</p> <p>Mit der Anerkennungsberatung bietet SWAH eine niedrigschwellige Beratung und Begleitung auf dem Weg zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse an. Seit 2016 wurde die Beratungsstelle von über 2.000 Ratsuchenden aufgesucht. Durch die intensive Verfahrensbegleitung sowie stetige Kommunikation mit den zuständigen Stellen wurde die Anerkennung der jeweiligen Abschlüsse für zugewanderte Fachkräfte erheblich erleichtert.</p> <p>Anfang 2017 hat die „Bremer und Bremerhavener Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung“ (MoBA) ihre Arbeit aufgenommen. Zwei Beraterinnen informieren ausländische Ratsuchende in den Gewerkschaftshäusern in Bremen und Bremerhaven und mobil rund um das Thema "Arbeit".</p>	SWAH
Wiedereingliederung von Straffälligen			
15	Nutzung der transnationalen Vernetzung für innovative Projekte	Das von der EU-Generaldirektion Justiz finanzierte Projekt „Strengthening Juvenile Justice Systems in the counter-terrorism context: Capacity-building and peer-learning among stakeholders“ behandelt insbesondere die Vulnerabilität von Jugendlichen und	SJV

		<p>Heranwachsenden im Kontext einer möglichen Radikalisierung im Gefängnis- und Bewährungswesen. Beachtung findet hierbei neben der Prävention von Radikalisierung in der Haft ebenso der innereuropäische fachliche Austausch bestehender Deradikalisierungs- und Präventionsansätze als wichtiger Teil des Projektvorhabens. Das Projekt umfasst die Fortbildung von Mitarbeiter*innen sowie den multilateralen Austausch zum Themenkomplex Extremismus.</p> <p>Ein weiteres von der EU-Generaldirektion Justiz finanziertes Projekt mit dem Titel „The prevention of juvenile radicalisation: Promoting the use of alternatives to detention through judicial training“ setzt auf einen erweiterten Wissenstransfer zwischen relevanten Akteuren innerhalb und außerhalb des Strafvollzuges. Durch die Einbindung etablierter Praktiken aus Kriminalprävention und Rehabilitation soll die Prävention und Abkehr von Gewalt und Extremismus im Strafvollzug langfristig und effektiv gewährleistet werden. Hierbei ist der transnationale und innereuropäische Austausch von Justizfachpersonal von besonderer Bedeutung. Bewährte Praktiken sollen somit im Rahmen des Projektes vorrangig mit relevanten Stakeholdern und Entscheidungsträgern geteilt werden, um internationale Expertise im Feld gezielt auf regionaler Ebene bündeln zu können. Das Projekt umfasst die Säulen Prävention von Radikalisierung in Haft, tertiäre Prävention, Verringerung der Schwere und der Ausweitung von bereits manifest gewordener Radikalisierung sowie Deradikalisierungsprozesse durch die Nutzung von alternativen Strafsanktionen unter Zuhilfenahme der Familie oder anderer geeigneter Akteure</p> <p>Weitere EU-finanzierte Projekte u. a. zur Ausstiegshilfe für extremistische Gefängnisinsassen starten in 2018.</p>	
16	Verbesserungen für Betroffene durch Erfahrungsaustausch mit europäischen Partnern	<p>Die Etablierung eines engen Austauschs zu laufenden Projekten auf den internationalen Plattformen für Strafvollzug und Bewährungshilfe (EuroPris und ICPA) ist gelungen.</p> <p>Mitarbeiter*innen des Senators für Justiz und Verfassung (SJV) sowie der Sozialen Dienste der Justiz nehmen regelmäßig an Veranstaltungen teil. EuroPris sowie ICPA und die Confederation of European Probation (CEP) entsprechen den Anfragen von SJV z. B. zur Publikation vom Projektergebnissen.</p> <p>Darüber hinaus nehmen Mitarbeiter*innen von SJV und den Sozialen Diensten der Justiz regelmäßig an Veranstaltungen beim <i>Radicalization Awareness Network</i> der EU teil.</p>	SJV
Erleichterung des Zugangs zur Hochschulbildung			
17	Erleichterter Hochschulzugang für Geflüchtete	Im Hinblick auf die Integration von Geflüchteten hatte die Universität Bremen 2014/2015 das Projekt „In Touch“ ins Leben gerufen. Das erste Projekt seiner Art in	SWGv

Deutschland, das geflüchteten Menschen mit akademischem Hintergrund und guten Deutsch- oder Englischkenntnissen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und der Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse die Möglichkeit einräumte, englisch- und deutschsprachige Vorlesungen und Seminare der Hochschulen zu besuchen und ein Zertifikat zu erwerben, wurde von der EU-Kommission als Good Practice Beispiel auf ihren Webseiten gelistet. Es war stark nachgefragt.

Mit dem Wintersemester 2017/18 werden fast 300 Geflüchtete in das Vorbereitungsstudium (mit Intensivsprachkursen, interkulturellem Training und/oder fachlichen Vorbereitungskursen) der Bremer Hochschulen aufgenommen worden sein.

Als zweites Bundesland - neben NRW - hat Bremen die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Hochschulen Geflüchteten mit im Heimatland erworbener Hochschulzugangsberechtigung, aber ohne direkte Hochschulzugangsberechtigung oder ohne Nachweis von fluchtbedingt verloren gegangenen Zeugnissen, durch eine bestandene Zugangsprüfung den Zugang zu allen staatlichen Bremer Hochschulen eröffnen können. Die Immatrikulation in ein Vorbereitungsstudium ermöglicht den Geflüchteten, die Vorteile des Immatrikulationsstatus in Anspruch nehmen zu können (Wohnheimplatz, Mensa-Essen, Semesterticket etc.). Hochschulübergreifend wurde dafür in Kooperation aller vier staatlichen Hochschulen das Hochschulbüro HERE (Higher Education Refugees Entrance) gegründet, das die Programme HERE IN-Touch als Gasthörerprogramm (s. o.) und HERE-Studies - das Vorbereitungsstudium seit drei Jahren erfolgreich durchführt.

Im Sommersemester 2018 befinden sich insgesamt 213 Teilnehmende in 10 Sprachkursen im Vorbereitungsstudium. 6 Sprachkurse mit insgesamt 107 Teilnehmenden legten im Frühjahr und Sommer 2018 die Prüfungen für das Sprachniveau C1 ab (TestDaF bzw. Goethe C1-Zertifikat). 60 Kandidat*innen haben die Prüfungen erfolgreich bestanden und können als zweite Absolvent*innenkohorte zum Wintersemester 2018/19 in ein Fachstudium wechseln.

Um die Maßnahmen für geflüchtete und in ihren Heimatländern bedrohte Akademiker*innen zu erweitern, plant die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (SWGv) noch in 2018 ein eigenes Förderprogramm für geflüchtete und gefährdete Wissenschaftler*innen an Bremer Hochschulen mit einem Fördervolumen in Höhe von 130.000 € p. a. aufzulegen. Die Stipendien sollen für Doktorand*innen und Postdocs, die in ihren Heimatländern von Flucht und Verfolgung bedroht sind, zur wissenschaftlichen Arbeit an der Universität Bremen zur Verfügung

		gestellt werden. Das Programm soll voraussichtlich im 4. Quartal 2018 vorgestellt und ausgeschrieben werden.	
Nutzung der Fördermöglichkeiten von Erasmus +			
17	Begleitung der laufenden Ausschreibungen und möglicher Beteiligungen im Bereich der Sportförderung	Im November 2016 hat das Sportamt zusammen mit dem Landessportbund und mit Unterstützung der Bremer Vertretung in Brüssel eine Informationsveranstaltung durchgeführt, die von zahlreichen Bremer Sportvereinen besucht wurde. Seitdem bieten das Sportamt und der Landessportbund Beratungen und fachliche Begleitungen zu potentiellen Antragsstellungen für Sportvereine an.	SJFIS

Handlungsfeld Intelligentes Wachstum

Seite	Thema	Umsetzungsstand	Beteiligte Ressorts
Innovation			
17	Positionierung als leistungsfähiger Luft- und Raumfahrtstandort	<p>Im Bereich Luft- und Raumfahrt ist die Umsetzung des landeseigenen Förderprogramms vorgesehen, das ein entsprechendes Bundesprogramm sowie die Inbetriebnahme des Bremer Technologiezentrums für Leichtbau (EcoMaT) in 2018 flankieren soll. Durch den Projektausschuss des LuRaFo I wurden 11 Projektskizzen zur weiteren Ausarbeitung empfohlen. Umsetzungsstand: Einige Projektskizzen wurden durch die Antragstellenden zurückgezogen oder vertagt. Für LuRaFo II 2018/19 liegen Projektideen/-skizzen vor. Eine Tagung des Projektausschusses ist für das 4. Quartal 2018 avisiert. Die Mehrheit der Projekte trägt zur weiteren Internationalisierung des Standortes und der Branche bei.</p> <p>Mit der Ausrichtung des International Astronautical Congress IAC - dem weltgrößten Branchenforum - im Jahr 2018 sowie durch die Verstetigung von Fachveranstaltungen wie der Space Tech Expo Europe (2017/2019) präsentiert das Land Bremen seine Kompetenzen in diesem Bereich international und positioniert sich als leistungsfähiger Raumfahrtstandort. Es wurden über 6.300 Teilnehmende des IAC registriert, zum Public Day kamen über 13.000 Besucher*innen. Zu der Space Tech Expo kamen 2017 über 2.500 Teilnehmende, ebenso viele werden für 2019 erwartet.</p> <p>Das Engagement im Raumfahrt-Netzwerk NEREUS bietet Bremen die Möglichkeit, sich an entsprechenden Projekten zu beteiligen und die eigenen Interessen im Verbund mit anderen Regionen gegenüber der EU zu vertreten. Ebenfalls vor Ort fand die Ausstellung „Space Girls Space Women“ anlässlich des Raumfahrtjahres statt. Ferner hat NEREUS das Positionspapier für die Raumfahrtstrategie unter maßgeblicher bremischer Beteiligung erarbeitet.</p> <p>Die Interessen der Bremer Raumfahrt-Unternehmen werden durch intensives Networking koordiniert und auf Bundesebene politisch unterstützt. Diese Bremer Interessen werden mit den Interessen aus Bayern und Baden-Württemberg zu einem abgestimmten Positionspapier zusammengefasst und werden als gemeinsame Empfehlungen an die Bundesregierung und das Wirtschaftsministerium weitergeleitet. Dieses Drei-Länder-Papier dient als Handlungsempfehlung für die deutsche Delegation bei den Programm-Entscheidungen auf den Ministerratskonferenzen der Europäischen Weltraumorganisation ESA.</p>	SWAH
Wissenschaft			

20	Ausbau der internationalen Spitzenstellung des Landes in der Meeresforschung	Mehrere Empfänger*innen der renommierten ERC Grants arbeiten derzeit an Bremer Forschungseinrichtungen. Dabei wurden zwei Grants in der 19. Legislaturperiode neu bewilligt, die Laufzeit von vier weiteren fällt in die 19. Legislaturperiode. Unter Leitung bremischer Meeresforscher*innen wird die Initiative zum Ausbau und der weiteren Vernetzung der bestehenden digitalen Infrastrukturen zum Integrierten Datenportal Deutsche Meeresforschung und weiter zur Nationalen Forschungsdateninfrastruktur vorangetrieben. Die bremischen Forschungseinrichtungen der Meeresforschung beteiligen sich an der Gründung der „Deutschen Allianz Meeresforschung“, mit der die Sichtbarkeit der deutschen Meeresforschung auf internationaler Ebene noch einen deutlichen Zuwachs erhalten wird.	SWGv
----	--	---	------

Handlungsfeld Nachhaltiges Wachstum

Seite	Thema	Umsetzungsstand	Beteiligte Ressorts
Anpassung an den Klimawandel			
22	Erarbeitung einer landesspezifischen Klimaanpassungsstrategie mit Maßnahmen in Bremen und Bremerhaven	Das Projekt KLAS II (KlimaAnpassungsStrategie), in dessen Rahmen Strategien zur Minderung der Auswirkungen von extremen Regenereignissen entwickelt werden, wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt. Bis 2019 wird u. a. ein Auskunft- und Informationssystem zur Starkregenvorsorge entwickelt, das sowohl Planungsträger als auch Bürger*innen über kleinräumige Überflutungsgefahren in der Stadt Bremen informiert. Ein konkretes Resultat des oben im Abschnitt „III. Handlungsfeld Nachhaltiges Wachstum“ erwähnten Beitritts zum erweiterten „Konvent der Bürgermeister“ war die Teilnahme an einem Austausch mit Expert*innen der Städte Bratislava und Arnheim zu lokalen Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel. Zudem engagiert sich Bremen in der Arbeitsgruppe zur Anpassung an den Klimawandel im europäischen Städtenetzwerk Climate Alliance.	SUBV
23	Weiterentwicklung des „Generalplan Küstenschutz“	Im ländlichen Raum des Landes Bremen sind Küstenschutzmaßnahmen des Generalplans Küstenschutz u. a. mit Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gefördert worden. In der jetzigen Förderperiode wird deshalb der Bau eines Treibselräumweges und eines Treibsellagerplatzes auf der Luneplate in Bremerhaven gefördert. Die Maßnahme wird von 2016 bis 2019 durchgeführt und dient dazu, durch Sturmfluten angespülte Treibsel zügig nach einer Sturmflut aufnehmen und ordnungsgemäß entsorgen zu können (Kompostierung).	SUBV
Umwelt- und Naturschutz			
23	Einsatz für den Schutz der Nordsee und die Ziele der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie	Neben der festen Partnerschaft bei der maritimen Notfallvorsorge liegt ein weiterer Handlungsschwerpunkt in Bremen bei der Reduzierung des Eintrags von Plastikmüll ins Meer. Dieser beinhaltet z. B. die Entwicklung von Leitfäden für kommunale Regelungsmöglichkeiten, u. a. für Veranstalter oder Pachtaufgaben für Strände. Um den Müll zu beseitigen, der sich bereits in der Umwelt befindet, konnte in Bremen der thematische Schwerpunkt „Gewässer- und Meeresschutz“ im Rahmen der jährlichen Großinitiative „Bremen Räumt Auf“ etabliert werden. Auch Partnerschaften zur Müllentsorgung durch Unternehmen wurden entwickelt.	SUBV
Hafenpolitik			

24	Bewerbung um Fördermittel zur Umsetzung von Infrastrukturprojekten im Rahmen eines Transeuropäischen Transportnetzes (TEN-T)	<p>Die Teilnahme an den verschiedenen TEN-Kernnetzwerk-Korridor-Foren und den TEN-T Days in Rotterdam führte dazu, dass in separaten Einzelterminen mit den EU-Kernnetzkoordinatoren die bremischen Häfen und deren Verkehrsanbindungen dargestellt werden konnten. Während der Kernnetzkorridorforen wurden mehrere Präsentationen über die bremischen Häfen und spezielle Teilaspekte des Hafenmanagements gehalten. Weiterhin wurde erreicht, dass die drei EU-Korridor-Koordinatoren in separaten Terminen die Hafenstandorte Bremen/Bremerhaven besuchten. Neben umfangreichen Besuchsprogrammen wurden Gesprächs- und Diskussionsrunden durchgeführt.</p> <p>Im Rahmen der europäischen-Förderrichtlinie „Connecting Europe Facility“ (CEF) konnten Fördermittel für die bremische Hafeneisenbahn eingeworben werden. Die Bedeutung der bremischen Häfen und der Hafeneisenbahn für die Transeuropäischen Verkehrsnetze wurde durch diese Förderung seitens der EU hervorgehoben. Konkret konnten Fördermittel in Höhe von 3,3 Millionen € für die Erweiterung der Vorstellgruppe „Imsumer Deich“ akquiriert werden. Die Vorstellgruppe „Imsumer Deich“, als Teil der bremischen Hafeneisenbahn, wird für die Eisenbahnabfertigung von umweltfreundlichen Ganzzügen aus den und in die Bremerhavener Containerterminals genutzt.</p> <p>SWAH war Projektpartner in den Projekten SWIFTLY Green (Sweden-Italy Freight Transport and Logistics Green Corridor) und CORE (Consistently Optimised Resilient Secure Global Supply-Chains).</p>	SWAH
Nachhaltige Städtische Mobilität			
25	Einwerben europäischer Fördermittel im Bereich der nachhaltigen Mobilität	<p>Seit vielen Jahren nimmt Bremen eine Vorreiterrolle im Bereich der nachhaltigen Mobilität ein und hat in diesem Zusammenhang immer wieder mit europäischen Partnern im Rahmen von EU-geförderten Projekten zusammengearbeitet. Dieses Engagement ist auch in den vergangenen Jahren fortgesetzt worden. Mit dem durch das EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 geförderte Projekt SUNRISE (Sustainable Urban Neighbourhoods – Research and Implementation Support in Europe“) sollen bis zum Jahr 2021 nachhaltige Mobilitätslösungen im sogenannten Hulsberg-Quartier entwickelt und beispielhaft erprobt werden.</p> <p>In dem von der Stadtgemeinde Bremen koordinierten Horizont 2020-Projekt „ELIPTIC“ mit insgesamt 33 Partnern wurden Fördergelder eingeworben, um Elektrobusse im Betrieb der Bremer Straßenbahn AG zu testen sowie die Kampagne „Faktor 100“ zu entwickeln: Ein 18 Meter Elektrobus entlastet die Umwelt – auch aufgrund seiner viel höheren Laufleistung – ebenso wie etwa 100 Elektro-PKW, nur mit dem Unterschied, dass es hier keine 100-fache Förderung gibt.</p>	SUBV

		<p>Das Interreg Nordseeraumprojekt „SHARE-North“ gilt für das Förderprogramm als Vorzeigeprojekt für transnationale Zusammenarbeit und effektives Projektmanagement. Die Bremer „mobil.punkte“ (Car-Sharing-Stationen im öffentlichen Raum, die häufig nachhaltige Verkehrsmittel miteinander verknüpfen) inspirierten die Stadt Bergen in Norwegen, sowie ähnliche Bewegungen in Flandern und den Niederlanden („mobi.punten“). Mit Hilfe europäischer Fördermittel ist es zudem gelungen, die Zahl der mobil.punkte in Bremen (Car-Sharing-Stationen im öffentlichen Raum) auf über 30 Stationen zu erhöhen. Dies konnte die Anzahl der Car-Sharing-Stationen in Bremen auf über 100 Stationen steigern und somit die Erreichbarkeit dieses nachhaltigen Verkehrsmodis für die Bevölkerung deutlich erhöhen.</p> <p>Auch andere, nicht mit europäischen Mitteln geförderte bremische Initiativen (Masterplan Green City, „Fahrradmodellquartier“ Neustadt) sollen zu mehr umweltfreundlicher Mobilität in der Stadtgemeinde Bremen und damit zu den Zielen der EU-Verkehrspolitik beitragen.</p>	
--	--	--	--